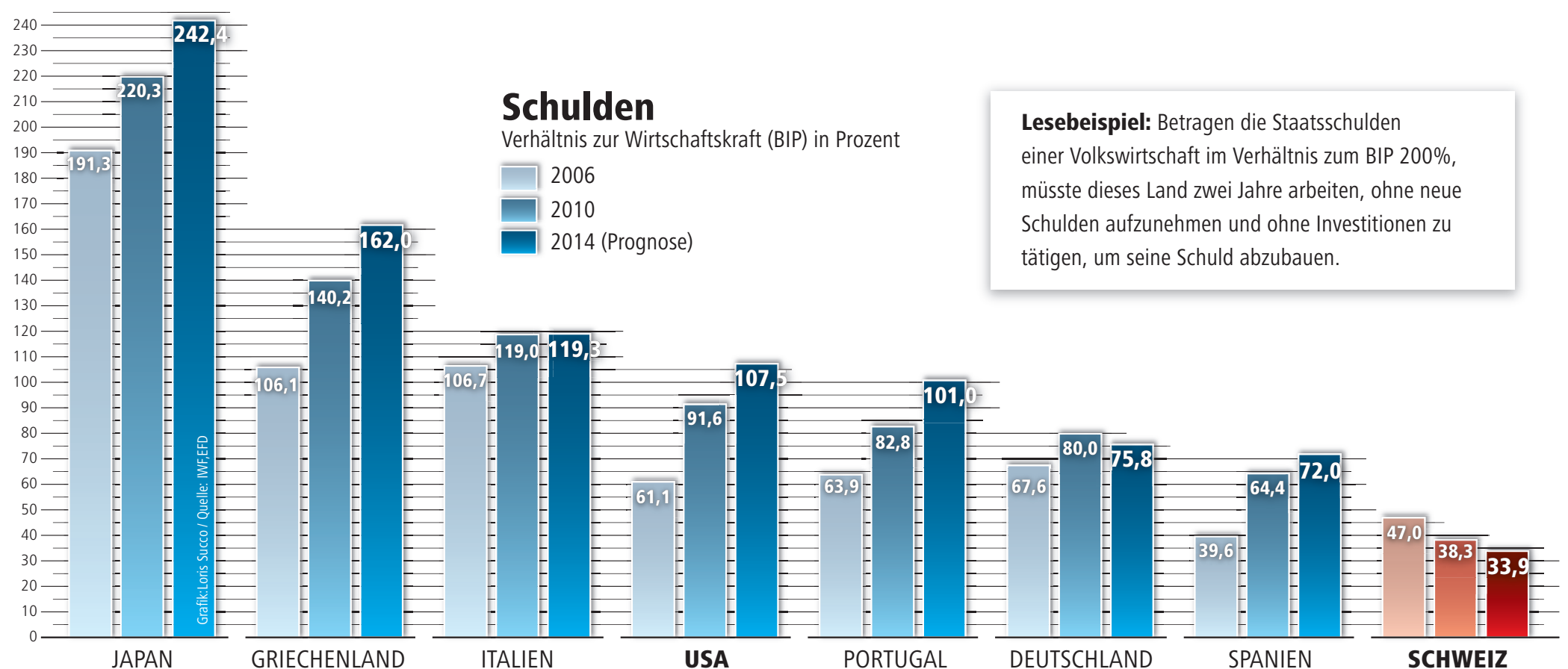




Lesbeispiel: Betragen die Staatsschulden einer Volkswirtschaft im Verhältnis zum BIP 200%, müsste dieses Land zwei Jahre arbeiten, ohne neue Schulden aufzunehmen und ohne Investitionen zu tätigen, um seine Schuld abzubauen.

«USA werden im Wettbewerb geschwächt»

KREDITE Die Schuldenprobleme der USA könnten auch für die Schweiz zum Problem werden, sagt ein Experte. Möglich ist zudem, dass der Dollar als Leitwährung Konkurrenz erhält.

JAN FLÜCKIGER
jan.flueckiger@luzernerzeitung.ch

Reto Föllmi, der USA droht eine Herabstufung der Kreditwürdigkeit durch die Ratingagentur Standard & Poor's. Stecken die USA in einer Schuldenkrise?

Reto Föllmi: Von einer Schuldenkrise würde ich nicht sprechen. Die USA stehen nicht vor einem Kollaps. Die Situation ist nicht vergleichbar mit jener der südeuropäischen Länder wie Griechenland und Portugal.

Wie ist die drohende Abstufung denn zu werten?

Föllmi: Die Ratingagentur vollzieht eigentlich nur, was man schon lange weiss: Die USA geben momentan massiv mehr Geld aus, als sie einnehmen. Das budgetierte Defizit für dieses Jahr beträgt 11 Prozent des Bruttoinlandsproduktes (BIP). Das ist ein Rekordhoch. Längerfristig muss das Budgetdefizit unter dem Realzins, etwa 3 Prozent des BIP, bleiben. Eine Trendwende ist nicht so rasch absehbar, vor allem wegen der hohen Ausgaben bei der Verteidigung und der Gesundheitsversorgung.

Ist die Drohung auch ein Ausdruck des Misstrauens gegenüber der Politik?

Föllmi: Definitiv. Die USA sind aber volkswirtschaftlich in der Lage, das Steuer rumzureissen. Entscheidend wird sein, ob ein politischer Konsens möglich ist. Die Gefahr besteht, dass sich die Demokraten, die im Senat die Mehrheit haben, und die Republikaner, mit ihrer Mehrheit im Repräsentantenhaus, gegenseitig blockieren.

Was sind die Konsequenzen dieses Misstrauensvotums?

Föllmi: Der Leidensdruck wird erhöht. Die Republikaner erhalten für ihre Forderungen Rückenwind. Denn: Sollte es eine Zurückstufung der Kreditwürdigkeit geben, werden die Zinsen steigen. Es würde für die USA teurer werden, neue Schulden aufzunehmen.

Mit Folgen für die Weltwirtschaft?

Föllmi: Wenn die USA ihre Probleme wie bisher damit lösen, dass sie einfach mehr Dollars drucken, würde der US-Dollar weiter abgewertet. Das wäre allenfalls für die Länder ein Problem, die grosse Währungsreserven in Dollars halten. Zudem würden die Exporte in die USA leiden, das würde auch die Schweiz treffen. Umgekehrt würden auch die Rohstoffpreise in Franken sinken, was wiederum positiv wäre für die Schweiz.

Es steht also keine Weltwirtschaftskrise bevor?

Föllmi: Nein. Die Schuldenprobleme der USA müssen nicht zu einer Destabilisierung der Weltwirtschaft führen.

Aber die USA werden im globalen Wettbewerb geschwächt.

Und was heisst das für den US-Dollar als Leitwährung?

Föllmi: Das ist ein wichtiger Punkt. Die Schwellenländer haben ja bereits gefordert, dass man vermehrt vom



«Die USA geben momentan massiv mehr Geld aus, als sie einnehmen.»

RETO FÖLLMI,
ÖKONOMIEPROFESSOR

Dollar als Leitwährung abrückt. Allerdings geht das nicht so schnell. Es gibt im Moment schlicht keine Alternativen, jedenfalls nicht innerhalb der Schwellenländer. Eine Leitwährung muss konvertibel und weit verbreitet sein.

Was ist mit dem Euro?

Föllmi: Der Euro bietet sich als Alternative an. Der Trend geht bereits in diese Richtung. Weltweit ist der Anteil an Euros in den Reserven der Nationalbanken in den letzten Jahren gestiegen. Allerdings hat ja auch der Euro Proble-

me, da der Währungsraum politisch und nicht wirtschaftlich definiert ist.

Der Dollar wird also als Leitwährung nicht abgelöst?

Föllmi: Es ist schon möglich, dass es langfristig eine Ablösung gibt. Allerdings wird man sicher für längere Zeit noch nicht um den Dollar herumkommen. Die Verbreitung des Dollars ist schlicht zu gross. Realistisch ist wohl, dass mehrere Währungen nebeneinander als Leitwährungen dienen – zuerst kommt wohl der Euro dazu, viel später vielleicht eine asiatische Währung.

Könnte der Franken einspringen?

Föllmi: Der Franken kann keine Leitwährung werden. Dazu ist die Schweizer Volkswirtschaft zu wenig gross. Die Schweiz wird aber ihre Funktion als sicherer Hafen behalten. Der Franken wird tendenziell stark bleiben. Auch das könnte allenfalls ein Problem für die Exportwirtschaft geben.

Die USA sind bei einer Verschuldung von gut 90 Prozent des BIP. Die Durchschnittverschuldung in der EU beträgt ebenfalls 80 Prozent, diejenige in Japan sogar mehr als 200 Prozent. Was macht die Situation in den USA so prekär?

Föllmi: Die Schulden allein sind nicht entscheidend. Japan ist hauptsächlich im Inland verschuldet. In der EU ist die Situation von Land zu Land unterschiedlich. Man muss auch die implizite Verschuldung beachten. Also die Verpflichtungen, die ein Land bereits eingegangen ist, etwa bei den Sozialversicherungen. In den USA sind das grosse Summen.

Werden die USA das Ruder herumreissen können?

Föllmi: Da bin ich optimistisch. Die Bereitschaft in den USA zu grösseren Einschnitten ist relativ gross. Vielleicht nicht ganz so gross wie in England. Die Briten sind sehr hart im Nehmen und sind sich gewohnt, bisherige Besitzansprüche zu reduzieren. Die jüngsten Ereignisse werden aber den Druck erhöhen und damit die Chancen, dass härtere Einschnitte gemacht werden.

Es besteht aber die Gefahr, dass bis zu den Wahlen 2012 nichts mehr passiert. Gerade bei den Sozialversicherungen sind die Demokraten wohl kaum zu Einschnitten bereit.

Föllmi: Das kann sein. Aber wie gesagt, die USA werden nicht von heute auf morgen kollabieren. Als Nächstes wird die Schuldengrenze von 14,3 Billionen erhöht werden müssen. Hier werden die Demokraten im Gegenzug wohl Zugeständnisse machen müssen.

China ist der grösste Gläubiger der USA. Welchen Druck kann China ausüben?

Föllmi: Die Machtverhältnisse verschieben sich, das sieht man bereits jetzt. Man kann die Situation fast ein wenig vergleichen mit dem Aufstieg der USA gegenüber dem britischen Empire vor und nach dem Zweiten Weltkrieg. Die Position von China gegenüber den USA wird sicher noch weiter gestärkt.

HINWEIS

► * Ökonom Reto Föllmi (35) ist Professor für Internationale Wirtschaftsbeziehungen an der Universität St. Gallen. ◀

Kreditwarnung an USA: Das Weisse Haus reagiert gereizt

SPARPLAN Der US-Staatshaushalt muss saniert werden. Dies sagt US-Präsident Barack Obama, dies sagen die Republikaner. Und nun fordert dies auch die Ratingagentur Standard and Poor's – ein Warnschuss an die Grossparteien, die sich bald auf einen Sparplan einigen müssen.

«Grosses Defizit»

Die Ratingagentur Standard and Poor's sprach am Montag eine Binsenwahrheit aus: Die USA weisen ein «sehr grosses Budgetdefizit» auf, und Demokraten und Republikaner streiten sich über die Sanierung des Staatshaushalts. «Wir glauben, dass ein erhebliches Risiko besteht, dass sich die Gesetzgeber bis ins Jahr 2013 nicht auf ein Abkommen einigen können, wie die mittel- und langfristigen Budgetprobleme gelöst werden können», schrieb die Ratingagentur und überraschte damit wohl keinen regelmässigen Zeitungsleser. Die Analysten der Ratingagentur senkten den Ausblick für die Bewertung der US-Kreditwürdigkeit auf «negativ» von zuvor «stabil».

Und dennoch reichte dieser Warnschuss, um die Börsen in Nervosität und die Politiker in Aufregung zu versetzen.

Drei Reaktionsmuster liessen sich dabei ausmachen: Im Weissen Haus stiess die S&P-Prognose auf heftigen Widerspruch. Die Analyse der Ratingagentur basiere auf unzutreffenden politischen Schlussfolgerungen, sagte Austan Goolsbee, führender Wirtschaftsbe-

rater von Präsident Barack Obama. Dieser bekräftigte gestern während eines Auftritts in Virginia, dass auch er den Staatshaushalt sanieren wolle. Republikaner hingegen spendeten Standard and Poor's warmen Applaus. Die Ratingagentur habe mit ihrem Warnschuss deutlich gemacht, dass Washington sich rasch auf eine «sinnvolle Fiskalreform» – sprich: Ausgabenkürzungen – einigen müsse, sagte Eric Cantor, der Mehrheitsführer im Repräsentantenhaus.

Kurse erholen sich

Die Aktienmärkte kehrten bereits gestern wieder zur Normalität zurück: Die Kurse erholten sich auf breiter Front. Tatsache ist: Die Ratingagentur, die ihrerseits mit Glaubwürdigkeitsproblemen kämpft, hat mit ihrer Analyse bloss die Stimmung an den Finanzmärkten abgebildet. Natürlich wissen die Investoren, dass es sich

bei den USA um die grösste Volkswirtschaft der Welt handelt, die ausserdem mit dem Dollar eine Leitwährung besitzt – und sich deshalb wohl nie mit einer Zahlungsunfähigkeit konfrontiert sehen wird. Trotz struktureller Probleme, einer hohen Arbeitslosenquote (8,8 Prozent) und einer veralteten Infrastruktur wuchs die Wirtschaft im letzten Quartal 2010 um 3,1 Prozent. Auch besitzt Washington das S&P-Gütesiegel AAA, das den verlässlichen Schuldner auszeichnet. Andererseits stösst der Politbetrieb in Washington bei der Bewältigung der Krise an seine Grenzen, weil es Schaukämpfe zwischen den Grossparteien begünstigt. So kritisierten jüngst führende Wall-Street-Banker die Republikaner scharf, nachdem sich Speaker John Boehner angeblich erkundigt hatte, wie lange die Abstimmung über die Erhöhung der Schuldenobergrenze hinausgezögert werden könne: «Sie scheinen nicht zu verstehen, dass sie mit der Büchse der Pandora spielen. Sobald die Märkte Angst haben vor einer Zahlungsunfähigkeit, werden wir in Form von höheren Zinsen den Preis zahlen», zitierte

das Magazin «Politico» einen Wirtschaftskapitän. Auch die Demokraten verhalten sich allerdings nicht wirklich verantwortungsbewusst: Gestern startete die Wahlkampfabteilung der Präsidentenpartei eine Werbekampagne, in der die republikanischen Kürzungsvorschläge für Medicare, die Krankenversicherung für Senioren, scharf kritisiert werden.

Sparprogramm in Bearbeitung

Die Hoffnungen ruhen nun auf sechs Senatoren – drei Demokraten und drei Republikaner –, die derzeit hinter verschlossenen Türen über ein überparteiliches Sparprogramm diskutieren, das nebst Einschnitten auch Steuererhöhungen vorsieht. Das Paket soll im kommenden Monat vorgestellt werden, wenn das Parlament aus den Osterferien zurückkehrt. Sollte dieser Kompromiss im Parlament scheitern, dann würde die Analyse von S&P plötzlich sehr weitsichtig aussehen.

RENZO RUF, WASHINGTON
nachrichten@luzernerzeitung.ch



US-Präsident Barack Obama.
Reuters/Jim Young